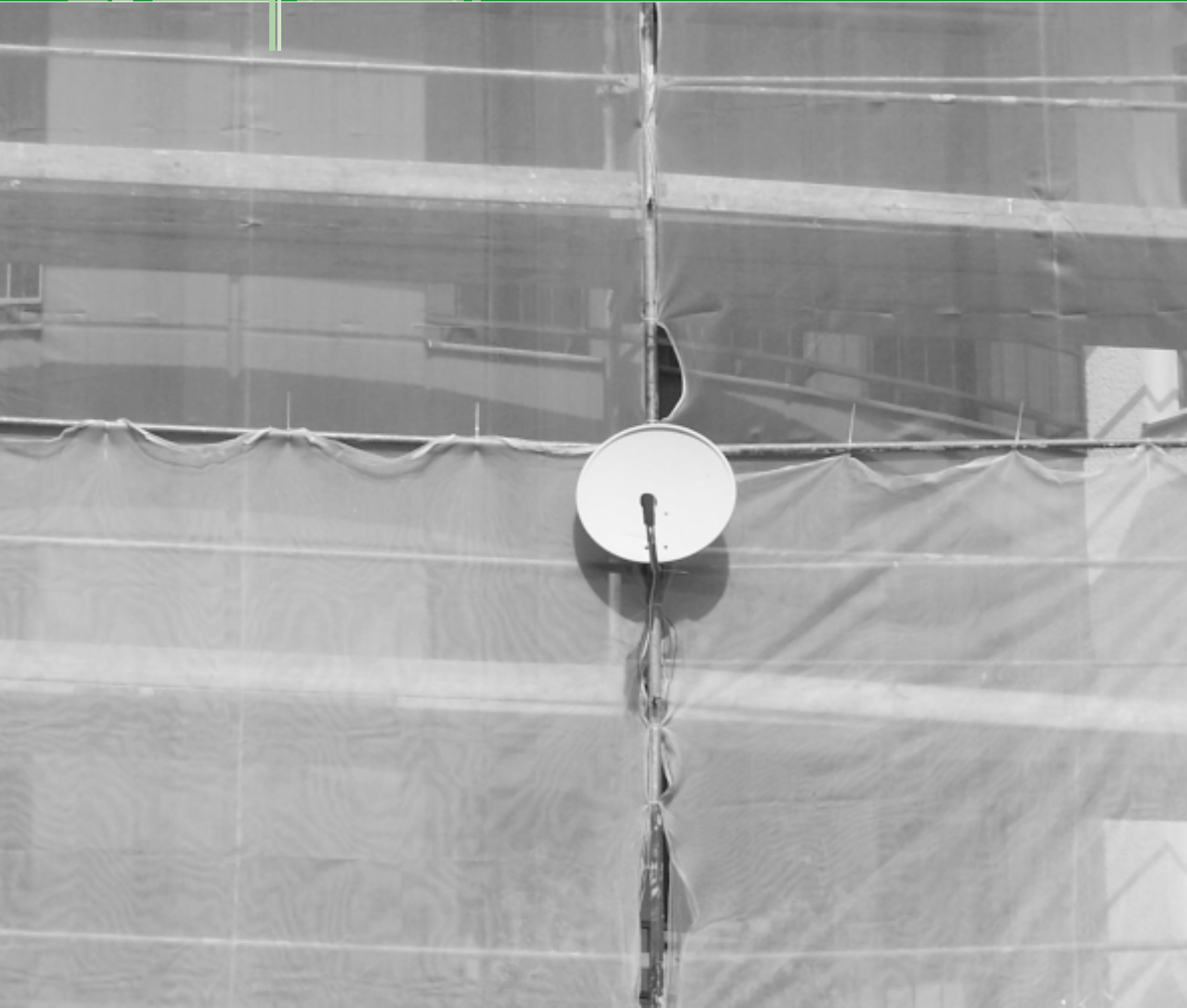




# Vor Ort

19. Jahrgang, November 2010



Bötzowstraße	Sanierungsgebiet vor Ende	06
Bötzowviertel	Ergebnisse einer Sozialstudie	07
Bötzowkiez	Roman porträtiert Quartier	08

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben

nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

## Energieberatung Prenzlauer Berg

Schönhauser Allee 63; ☎ 44 04 25 68  
www.energieberatung-pb.de  
Email: info@energieberatung-pb.de

## Kieztreff Gleimviertel

Kopenhagener Straße 50,  
Dienstag und Mittwoch 15 bis 20 Uhr,  
Samstag 10 bis 15 Uhr, ☎ 44 12 459,  
Email: kieztreff@gleimviertel.de

## BSR-Recyclinghof

Prenzlauer Berg: Behmstraße 74  
Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;  
Samstag 7 bis 14.30 Uhr

Heinersdorf: Asgardstraße 3  
Montag bis Mittwoch u. Freitag 7 bis 17  
Uhr; Donnerstag 9.30 bis 19.30 Uhr;  
Sonnabend 7 bis 15.30 Uhr

## »Vor Ort« im Internet

www.mieterberatungpb.de

## Leserbriefe

Zu »Kunstvoll Parken«, Vor Ort,  
Oktober 2010

Schön, dass Sie den oben  
genannten »Blödsinn« des  
Spielmodellerfinders und

Zu »Gute Seiten, schlechte Seiten«,  
Vor Ort, Juli/August 2010

Von »Weniger Parkstress –  
mehr Lebensqualität«, wie  
es uns Anwohnern bei der  
Einführung der Parkraum-  
bewirtschaftung in Prenz-  
lauer Berg versprochen  
wurde, sind wir noch weit  
entfernt. Leider hat die  
Parkraumbewirtschaftung  
nicht den Effekt erzielt,  
freie Parkplätze für die An-  
wohner zu schaffen. Zwar  
hat sich die Situation tags-  
über etwas verbessert,  
aber ab ca. 19 Uhr hat sich  
die Situation drastisch ver-  
schärft. Es ist unmöglich,

## Knöllchenflut

In den ersten vier Wochen  
nach Einführung der Park-  
raumbewirtschaftung in  
Prenzlauer Berg haben 79  
Mitarbeiter des Ordnungs-  
amts 40.000 Knöllchen  
verteilt, das ist ein Schnitt  
von 506 je Kontrolleur. Al-  
lein 24.000 Strafzettel wur-  
den hinter die Scheiben-  
wischer geklemmt, weil  
weder Parkschein noch Vi-  
gnette vorhanden waren.  
Weitere 12.000 Mal wurde  
reines Falschparken be-  
straft und, sozusagen als  
Mitnahmeeffekt, bei 4.000  
Fahrzeugen das Fehlen ei-  
ner Umweltplakette be-  
mängelt. »In Prenzlauer  
Berg wurden wieder Park-  
plätze gesichtet«, kom-  
mentierte der Pankower  
Stadtrat für Öffentliche  
Ordnung, Jens-Holger  
Kirchner, die Situation. Das

jetzigen Stadtrats Kirchner  
so sachlich und unkom-  
mentiert veröffentlichen.  
Wie wäre es, wenn wir  
auch die Ordnungshüter  
»verkunsten« würden, zum  
Beispiel mit Gesichtsmas-  
ken – natürlich mit einem

einen Parkplatz zu bekom-  
men, und der Parksuchver-  
kehr zwischen 20 und 22  
Uhr hat sogar zugenom-  
men!!! Wie kann das sein?

Im Gebiet Winsvier-  
tel sind bekanntlich mehr  
Fahrzeuge zugelassen als  
Stellplätze vorhanden. Da  
durch die Schaffung von  
Parkzonen die Anwohner  
nicht mehr in andere Ge-  
biete ausweichen können,  
fahren die Fahrzeuge ver-  
mehrt auf der Suche nach  
einem Parkplatz durch die  
Straßen, was nicht nur für  
den Autofahrer, sondern  
auch für die Anwohner lä-  
stig ist. Diese Art der Park-

trifft allerdings nicht für  
alle Quartiere zu. Im Böt-  
zowviertel, wo zunächst  
keine Parkraumbewirt-  
schaftung eingeführt wur-  
de, stehen die Autos Stoß-  
stange an Stoßstange. Hier  
soll im Sommer 2011  
nachgebessert werden. Im  
November wollen BVV und  
Bezirksamt entsprechende  
Beschlüsse fassen.

## Neue Beauftragte

Seit Mitte Oktober gibt es  
im Pankower Amt für Um-  
welt und Natur (AUN) eine  
»Beauftragte für bürger-  
schaftliches Engagement«.  
Sie heißt Gabriela Gleuer  
und soll nach Auskunft  
von Pankows Bürgermei-  
ster Matthias Köhne »den  
Kontakt zu den verschie-  
denen Initiativen pflegen  
und intensivieren, die sich

Dauergrinsen? Aber ernst  
gemeint: Kirchner sollte  
sich doch darum küm-  
mern, dass endlich genü-  
gend Automaten aufge-  
stellt werden!

Stefan W., Schönhauser Allee

raumbewirtschaftung ist  
eine Zumutung für die An-  
wohner, von mehr Lebens-  
qualität keine Spur! Des-  
halb sollte zumindest über  
eine neue Aufteilung der  
Parkzonen noch einmal  
nachgedacht werden. Das  
Gebiet nördlich der Danzi-  
ger Straße (Thälmannpark)  
mit seinen im Verhältnis  
zum Winsviertel geringer  
ausgelasteten Straßen  
müsste zur Entlastung un-  
seres Quartiers statt, wie  
bisher, nicht zur Parkzone  
43 gehören, sondern der  
Parkzone 42 zugeschlagen  
werden.

Clärchen P., Chodowickstraße

für die Pankower Grünan-  
lagen und Straßenbäume  
engagieren«. Außerdem  
fungiert sie als unmittel-  
bare Ansprechpartnerin  
für Bürgerinnen und Bür-  
ger und koordiniert deren  
Anfragen und Beschwer-  
den im Zusammenhang  
mit der Arbeit des AUN.  
Die Einsetzung geht auf  
einen BVV-Beschluss vom  
Herbst 2009 zurück und  
sollte bereits Anfang 2010  
erfolgen. In einem Offenen  
Brief hatten im Juli die  
Grüne Liga, der BUND, der  
Bürgerverein Gleimviertel,  
die BI »Rettet die Straßen-  
bäume« sowie die BVV-  
Fraktion von Bündnis 90/  
Die Grünen die schnellst-  
mögliche Umsetzung des  
BVV-Beschlusses gefor-  
dert. Gabriela Gleuer ist  
unter ☎ 90 29 56 459 bzw.  
gabriela.gleuer@ba-pankow.verwalt-  
berlin.de erreichbar.

# Irritierende Geschenke

Zwei Pfefferberg-Projekte fordern Amt und Anwohner heraus Von H. Seefeld

Seine Spuren sind bereits unübersehbar. Sergej Tchoban, russischstämmiger Architekt mit deutschem Pass, zeichnet gemeinsam mit seinem Hamburger Kollegen Peter Behrens für den Bau des 2007 fertiggestellten Federation Towers in Moskau verantwortlich. Der ist mit 506 Metern der höchste Wolkenkratzer Europas. In Berlin hat Tchoban unter anderem mit dem DomAquaree gegenüber vom Berliner Dom seine architektonische Visitenkarte hinterlassen.

Am 23. September sitzt Tchoban im Sanierungsbeirat Prenzlauer Berg. Hier wollen Bezirkspolitiker, Anwohner und Stadtplaner über neue Pläne auf dem Pfefferberg im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz diskutieren. Tchoban ist auf Einladung von S.T.E.R.N.-Geschäftsführer Theo Winters gekommen, um die Idee eines Museums für Architekturzeichnungen vorzustellen. Dafür will er auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei an der Christinenstraße einen Neubau errichten. Seine eigens gegründete Stiftung »S.Tchoban Foundation« hat bereits einen ordentlichen Preis für die Erbbaurechte an die Pfefferberg Entwicklungs GmbH & Co. KG bezahlt.

»Dieses Museum ist ein Geschenk für Prenzlauer Berg, ich kann nicht verstehen, warum sich Ämter und Anwohner so schwer damit tun«, sagt der Geschäftsführer der Entwicklungs GmbH, Andreas Kranhold. Tatsächlich brachten im Sanierungsbeirat zur Verblüffung von Tchoban die anwesenden Anwohner vor allem ihren Unmut zum Ausdruck. Sie sahen die Ruhe im Kiez gefährdet, fast als würden die Besucher auf dem Weg in das mit 540 m<sup>2</sup> Nutzfläche eher bescheidene Museum den Teute aufmischen. Auf Ablehnung stößt aber auch der Baukörper. »Wir brauchen viele Wände, um die Zeichnungen präsentieren zu können, wir brauchen konstante Temperaturen und ein abgestimmtes Licht«, verteidigt Tchoban seinen Entwurf

eines Sichtbetonbaus ohne Fenster, den Anwohner schnell als »Bunker« schmähten.

Doch über Geschmack lässt sich in einem Baugenehmigungsverfahren nicht streiten, und so wurde eine solche vor wenigen Tagen auch erteilt. Was allerdings weiterhin fehlt, ist eine sanierungsrechtliche Genehmigung. »Die Sanierungsziele für den Pfefferberg müssen überarbeitet werden. Und das bedarf der Mitwirkung der BVV«, erklärt der Stadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken, die anhaltenden Verzögerungen. Vielleicht, so der Tenor, klappt das noch in diesem Jahr.

## Theater um Theater

Von einem »Geschenk an Prenzlauer Berg« spricht auch der Theatermacher Ingo Woesner. Er möchte gern mit seinem Bruder Ralf das »Komödienhaus Pfefferberg« weiterführen, das sie im vergangenen Jahr als »Woesner-Brothers« in einer mittlerweile abgerissenen Garage auf dem Pfefferbergareal mit über 300 Vorstellungen erfolgreich etabliert hatten. »Das Projekt funktioniert ohne Zu-

schüsse und öffentliche Förderung«, betont Ingo Woesner.

Bereits 2008 hatte der Sozialkonzern VIA das Erbbaurecht an den Ruinen der ehemaligen Schankhalle erworben. Er hat dann vom Bezirk das Recht eingeräumt bekommen, das denkmalgeschützte Ensemble durch einen Neubau zu ersetzen, denn die über hundertjährige Stahlkonstruktion ist völlig hinüber. Der Neubau soll Seminarräume für die VIA, ein kleines Bistro und das Komödienhaus beherbergen. Allerdings, so stellte sich heraus, müsste das Gebäude dafür drei Meter breiter sein. Wenn man es ihm auch nicht ansieht, so ist der angrenzende Hartplatz doch ein Gartendenkmal. Ein breiterer Neubau bedeutet ergo ein schmaleres Denkmal. Und das gehe auf gar keinen Fall, erklärt die Untere Denkmalschutzbehörde in einer Stellungnahme. Ein Klärungstermin am 23. Oktober mit Investoren, Denkmalschutzbehörden und Theatermachern ging aus wie das Hornberger Schießen. Am 11. November wollen die Woesners einen wohl letzten Vorschlag unterbreiten, bei dem der Neubau nur noch teilweise die alte Kubatur verlässt. Ingo Woesner fordert vom Stadtrat für Stadtentwicklung, zugleich auch für die Kultur im Bezirk zuständig, eine politische Entscheidung: »Er hat den Spielraum, in Fällen wie diesem, eine zur Behördenmeinung gegensätzliche Entscheidung zu treffen«.



©tchoban nps

Moderne soll am Eingang des Pfefferbergs in der Christinenstraße auf Historie treffen. Nicht jeder findet das gut.

# Klimaschutzgesetz passé

Maren Kern: »Ein landeseigenes Klimaschutzgesetz ist unnötig«.

Seit wann gibt es den Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, und welche Rolle spielt er heute?

Unser Verband ist der älteste und größte seiner Art in der Region, es gibt ihn schon seit 113 Jahren. Er hat heute 362 Wohnungsunternehmen als Mitglieder, davon 140 in Berlin. In erster Linie sind es die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Auch ehemalige städtische Gesellschaften, wie die GSW oder die GEHAG, sind bei uns Mitglied. Insgesamt bewirtschaften die BBU-Unternehmen über 1,1 Millionen Wohnungen in Berlin und Brandenburg. In der Hauptstadt ist das bei den Mietwohnungen ein Anteil von rund 40 Prozent. Unsere zentrale Aufgabe ist die Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber Politik, Behörden und Öffentlichkeit.

Ein jüngeres Beispiel dieser Interessenvertretung ist die gemeinsam mit anderen Lobbyverbänden, wie etwa dem Berliner Mieterverein, geäußerte Kritik am Entwurf des Berliner Senats für ein Klimaschutzgesetz. Welche Chancen hat ein solches Gesetz jetzt noch?

Es sieht ganz danach aus, dass ein solches Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wird. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat sich am 8. Oktober ganz klar dafür ausgesprochen, dass sich der Senat bei dieser außerordentlich komplexen Frage noch mehr Zeit nehmen sollte. Wir haben bereits am ersten Entwurf aus dem Hause von Senatorin Katrin Lompscher aus dem Sommer 2009 Kritik geübt. Unsere Hauptkritikpunkte an den bisherigen Gesetzesentwürfen sind die fehlende Technologieoffenheit sowie die zu erwartenden Mietsteigerungen. In dieser Frage gibt es auch einen Konsens mit dem Berliner Mieterverein. Sehr kritisch sehen wir auch das drohende Ende der freiwilligen Klimaschutzvereinbarungen, die erstmals vor zwölf Jahren von Wohnungs-

unternehmen mit dem Senat abgeschlossen wurden und auf deren Grundlage sehr gute Klimaschutzerfolge erzielt werden konnten.

Sie haben kürzlich einen »Runden Tisch für Klimaschutz« gefordert. Was soll man sich darunter vorstellen?

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Lösungen müssen deshalb im Dialog mit den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen gefunden werden. Hierfür soll der Runde Tisch Klimaschutz eingerichtet werden. Gebäudeeigentümer, Mieter, aber auch Vertreter von Gewerbe, Verkehr und Industrie kämen hier unter Moderation des Senats ins Gespräch. Diese transparente Kommunikation wäre sehr wichtig, um zum einen alle CO<sub>2</sub>-Einsparspotenziale ausloten zu können und zum anderen eine Verbindlichkeit der Verabredungen herzustellen. So würde die Umsetzung von Klimaschutzzielen wesentlich vereinfacht. Klimaschutz ist eben mehr als nur Gebäudesanierung und moderne Heizung.

Der Bund für Naturschutz (BUND), der Berliner Mieterverein und die Industrie- und Handelskammer (IHK) haben in Reaktion auf den Gesetzentwurf des Senats mit einem eigenen Stufenmodell zur Gebäudesanierung reagiert. Warum waren Sie nicht dabei?

Wir haben uns mit BUND, Mieterverein und IHK auch über deren Modell unterhalten. Wir wollten dann aber ein eigenes Modell entwickeln. Im Mittelpunkt unseres »BBU-Klimaschutzmodells« steht der Gedanke der Freiwilligkeit, mit dem Berlin bislang so gute Erfahrungen gemacht hat. Wenn unsere Mitgliedsunternehmen in den vergangenen Jahren bereits in umfassende Wärmedämmung an den Fassaden, in bessere Fenster und in die Umstellung der Heizsysteme investiert haben, wird es für sie außerordentlich teuer, die von

Zur Person



Maren Kern (52): Vorstand Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU); geboren in Osnabrück, Studium Architektur und Jura in Münster, ab 1987 in Berlin erstes und zweites Staatsexamen, Anwältin für Baurecht in einer Berliner Kanzlei, 1990 Wechsel zum BBU, der damals von 60 auf 400 Mitgliedsunternehmen expandierte, ab 1997 Geschäftsführerin einer Unternehmensberatung, seit 2009 als erste Frau Vorstandsmitglied der BBU.

BUND, Mieterverein und IHK pauschal verpflichtend geforderten weiteren fünf Prozent CO<sub>2</sub>-Reduzierung umzusetzen. Da ist Augenmaß gefragt. Seit 1990 haben unsere Mitglieder durch ihre Leistungen in der Sanierung die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent reduziert, das sind Jahr für Jahr 700.000 Tonnen. Freiwilligkeit ist immer besser und günstiger als normativer Zwang.

Ist also ein landeseigenes Klimaschutzgesetz unnötig?

In Anbetracht der bundesgesetzlichen Regelungen auf diesem Gebiet eigentlich schon. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das ein eigenes Klimaschutzgesetz hat. Alle anderen haben sich bewusst dagegen entschieden, nicht zuletzt wegen der mit einem solchen Landesgesetz verbundenen erheblichen rechtlichen Schwierigkeiten. Wenn ein solches Gesetz kommt, sollte in jedem Fall dem Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtungen viel Platz eingeräumt werden. Wir werden dem Senat jetzt auf jeden Fall anbieten, die zum Jahresende auslaufenden freiwilligen Klimaschutzvereinbarungen mit unseren Mitgliedern fortzuführen. Sie werden auch wieder ganz konkrete Ziele beinhalten.

Egal ob auf freiwilliger Basis oder per Gesetz dazu gezwungen, Investitionen in den Klima-

schutz sind gerade bei Immobilien sehr teuer. Wie stellt man sich beim BBU die Kostenverteilung vor?

In der Regel ist eine warmmietenneutrale Sanierung des Wohnungsbestands nicht möglich. Eine Ausnahme sind Sonderfälle wie das Märkische Viertel. Dort ist der Sanierungsrückstau über die Jahrzehnte so angewachsen, dass die erzielbaren Energieeinsparungen in etwa die gleiche Dimension haben wie die entsprechenden Investitionsumlagen. Alle anderen derartigen Sanierungen ziehen im Schnitt eine reale Mieterhöhung von 1,40 EUR/m<sup>2</sup> nach sich. Diese Summe ist laut Mietrecht von den Mietern zu bezahlen. Daran hätte auch das Klimaschutzgesetz nichts geändert. Zur Minderung von einer Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind je nach Maßnahme 2.000 bis 6.000 EUR Investition nötig. In Anbetracht der hohen Kosten energetischer Modernisierung sollte sich entweder das Land Berlin daran beteiligen, oder es verzichtet im Rahmen der Klimaschutzgesetzgebung auf Maximalforderungen und lässt den Wohnungsgesellschaften bei den erforderlichen Maßnahmen die notwendigen Freiheiten. Dann ist in aller Regel die Kosteneffizienz wesentlich höher.

Der Berliner Senat will jedoch mit einer Bundesratsinitiative die auch im Rahmen von

Klimaschutzinvestitionen drohenden Mietsteigerungspotenziale im Mietrecht begrenzen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer schlägt vor, dass die Modernisierungumlage von derzeit elf auf neun Prozent der Investitionssumme verringert wird, die Mieten bei bestehenden Verträgen nur noch um 15 Prozent innerhalb von vier Jahren, statt, wie derzeit, um 20 Prozent in drei Jahren ansteigen und bei Neuvermietung eine Kappungsgrenze von maximal 20 Prozent Mietsteigerung festgelegt wird. Finden diese Vorschläge Akzeptanz beim BBU?

Diese Vorschläge bewerten wir ausgesprochen kritisch. Wir finden, dass der Senat mit solchen Vorstößen das soziale Klima in der Stadt unnötig auflädt. Im innerstädtischen Bestand haben wir eine Durchschnittsmiete nettokalt von 4,69 EUR/m<sup>2</sup>. Das ist deutlich unter dem Mietspiegeldurchschnitt von 4,83 EUR/m<sup>2</sup>. Da kann man nicht von Mietwucher sprechen. Wir hatten im letzten Jahr eine Untersuchung zur Mietbelastung in deutschen Metropolen in Auftrag gegeben, bei der deutlich wurde, dass Berlin mit einer Quote von 12,3 Prozent ganz am Ende der Tabelle steht. In München sind das fast 18 Prozent.

Halten Sie ein staatliches Eingreifen erst dann für nötig, wenn auch in Berlin Münchener oder Hamburger Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt herrschen?

Wir sind noch sehr, sehr weit von Münchener Verhältnissen entfernt. Mitte November werden wir den neuen Marktmonitor veröffentlichen, der dokumentieren wird, dass es diese vielbeschriebenen exorbitanten Mieterhöhungen gerade in unseren Wohnungsunternehmen nicht gibt.

In welcher Größenordnung gibt es Wohnungsneubau bei BBU-Unternehmen?

Im Jahre 2009 sind nur 327 neue Mietwohnungen fertiggestellt worden. Mittelfristig brauchen wir deutlich mehr Wohnungsneubau in der Stadt. Bei manchen Beständen ist die Modernisierung außerdem so aufwändig, dass langfristig dafür Ersatz geschaffen werden muss. Im Moment ist Wohnungsneubau jedoch nur mit einer Nettokaltmiete nicht unter zehn EUR/m<sup>2</sup> zu verwirklichen und damit für breite Kreise der Bevölkerung schlichtweg unerschwinglich. Wir haben schon seit vielen Jahren in Berlin vor allem einen BBU-Mietermarkt. Doch diese Situation beginnt sich allmählich zu verändern. Unsere Mitglieder verzeichnen mit 3,5 Prozent eine deutlich niedrigere Leerstandsquote. Die Zahl nicht vermieteter Wohnungen hat sich in den vergangenen Jahren bei uns also mehr als halbiert.

Sollte es eine neue Wohnungsbauförderung geben, und wie könnte diese aussehen?



©Hartmut Seefeld

Wärmedämmung ohne Klimaschutzgesetz praktizierte die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau 2007 in Pankow.

Das Land Berlin sollte die Vergabe von Bauland viel stärker als bisher auch an soziale Kriterien koppeln. Es kann nicht sein, dass gute innerstädtische Lagen nur für den Bau von Büros, Hotels oder Luxusapartements zur Verfügung stehen, weil das Land in erster Linie auf einen hohen Verkaufspreis setzt. Auf kostengünstigem Bauland könnten unsere Mitgliedsunternehmen Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung bauen. Wir arbeiten zurzeit an einer solchen Konzeption und wollen diese dem Senat Anfang kommenden Jahres vorstellen. Wir wollen mittelfristig weg von der Objektförderung des Sozialwohnungsbaus und hin zu einer stärkeren Subjektförderung. Nur die wirklich Bedürftigen bekommen dann ihre Miete subventioniert. Das Gespräch führte Hartmut Seefeld.

# Mehr Zeit für Sanierung

Von Klaus Lemnitz, Betroffenenvertretung Bötzowstraße

Trotz unzureichender Realisierung der festgelegten Sanierungsziele hält die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an der Aufhebung der Sanierungssatzung im Bötzowviertel Anfang 2011 fest. Dies geschieht gegen den ausdrücklichen Willen der BVV Pankow, die sich im März 2010 mit großer Mehrheit für eine zeitliche Verlängerung der Geltungsdauer der Sanierungssatzung ausgesprochen hatte. Das Bezirksamt wurde per Beschluss aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für eine Verlängerung einzusetzen. Es geht dabei vor allem um die weitere Verbesserung der sozialen Infrastruktur im Kiez, um den Abbau gravierender Defizite. Dies war in den letzten Jahren zum Hauptziel der Sanierung erklärt worden. Im Bötzowviertel betrifft das vor allem den Neubau zweier dringend benötigter Sporthallen für die Kurt-Schwitters-Oberschule und für den Schulstandort in der Pasteurstraße 9/11. Den Neubau der Sporthalle für die Kurt-Schwitters-Oberschule sieht der Bezirk im Sanierungszeitraum als nicht mehr realisierbar an. Sie könne auch nicht aus Ausgleichsbeträgen inner-

halb der nächsten drei Jahre gebaut werden. Somit steht außer Frage, dass eines der wichtigsten Sanierungsziele nicht erfüllt wird, denn wenn der Bezirk nicht in der Lage ist, jetzt eine Teilfinanzierung beizusteuern, wie sollte er in Zukunft die Gesamtkosten im Rahmen bezirklicher Investitionsmaßnahmen allein aufbringen? Angesichts weiter steigender Schülerzahlen ist ein Verzicht auf diese Halle aus unserer Sicht nicht zu verantworten. Bereits jetzt suchen viele Eltern für ihre Kinder Schulen außerhalb des Wohngebiets.

## Fragezeichen über Jugendtreff

Noch immer fehlt auch eine zeitgemäße Freizeiteinrichtung für die wachsende Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Kiez. Zwar wurden am Standort Pasteurstraße 22 erste Vorbereitungen in Angriff genommen, und es wurden auch die Mittel dafür in den Haushalt eingestellt, aber die Realisierung noch vor dem Ende des Sanierungsgebiets scheint nicht gesichert. Mittlerweile gibt es für diesen Standort auch alternative Vorstellungen: In der SPD wird laut

einem Antrag in der BVV ein Mehrgenerationentreff favorisiert.

In keinem anderen der fünf noch bestehenden Pankower Sanierungsgebiete sind die Defizite an Sporthallen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Nachbarschaftstreffs so groß wie im Bötzowviertel. Ursprünglich sollte für diese zentralen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur das Gelände der damals noch unbebauten »Prenzlauer Gärten« planungsrechtlich gesichert werden, um diese dann dort schrittweise im Sanierungszeitraum zu verwirklichen. Doch der Bezirk hat diese Pläne weder umgesetzt noch rechtzeitig Alternativen vorbereitet. Das darf nicht dazu führen, dass die Verantwortlichen diese Ziele zu Lasten der Bewohner nun einfach aufgeben. Fazit: Wir fordern weiterhin eine zeitliche Verlängerung der Sanierungssatzung bis zur Realisierung der wichtigsten Sanierungsziele!

Sicher wurde in den letzten Jahren sehr viel geleistet, um die Wohn- und Lebensbedingungen der Kiezbewohner zu verbessern. Dazu gehören auch viele neue Spiel- und Freiflächen. Noch ausstehende Verkehrssicherungsmaßnahmen und die Instandsetzung von Gehwegen sollen in den nächsten drei Jahren in Angriff genommen werden. Die zu Sanierungsbeginn erklärten sozialen Ziele der Sanierung wurden indes nur eingeschränkt verwirklicht. Auch im Bötzowviertel hat es einen erheblichen Austausch der Bewohnerschaft gegeben. Durch Weg- und Zuzüge hat sich die einst bunt gemischte Bevölkerung in eine Dominanz der 25- bis 45-jährigen mit vielen gleichaltrigen Kindern verwandelt, was die Schaffung bzw. den Erhalt einer ausgewogenen Infrastruktur erschwert. Viele Maßnahmen, für die sich Mitglieder der Betroffenenvertretung im Sanierungszeitraum engagiert eingesetzt haben, kommen den zahlreich zugezogenen Familien zugute.

Es ist auch auffällig, dass an vielen Häusern der Danziger und der Greifswalder Straße die Sanierung bislang vorbei gegangen ist. Im Interesse der dortigen Mieter sind nach Aufhebung des Sanierungsgebiets Maßnahmen zu ihrem Schutz dringend erforderlich.



©Hartmut Seefeld

Auf dieser Brache soll »irgendwann einmal« die Sporthalle für die Kurt-Schwitters-Oberschule gebaut werden.



©Hartmut Seefeld

Das 1892 errichtete Gebäude der ehemaligen Brauerei Schneider begrenzt das Reihenhausensemble »Prenzlauer Gärten«.

## Fazit mit Fragezeichen

Das Sanierungsgebiet Bötzowstraße wird 2011 aufgehoben **Von A. Mollé**

Zu den drei Gebieten, die im Bezirk Pankow nach dem Zeitplan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im kommenden Jahr aus der Sanierung entlassen werden, gehört neben den Gebieten Winsstraße und Wollankstraße auch jener Teil des Quartiers Bötzowstraße, der im November 1995 im Rahmen des Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramms als Sanierungsgebiet festgelegt worden war. Ein Antrag des Bezirksamts, die Geltungsdauer der Sanierungssatzung auch dieses Gebiets angesichts einer ganzen Reihe noch nicht realisierter Sanierungsziele vor allem im Jugend- und Schulbereich zu verlängern, war bereits Ende April abgelehnt worden.

### Mehr Wohnungen und Kinder

Inzwischen liegen in Vorbereitung des Aufhebungsverfahrens zwei Dokumente zu den städtebaulichen, demographischen und sozialen Veränderungen vor, die sich in dem spätgründerzeitlichen Quartier zwischen Greifwalder Straße und der Straße Am Friedrichshain im Verlauf des fünfzehnjährigen Erneuerungsprozesses vollzogen haben. So geht

aus einer von der S.T.E.R.N. GmbH, der Sanierungsbeauftragten des Landes Berlin in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg vorgelegten Abschlussuntersuchung hervor, dass von den 3.186 sanierungsbedürftigen Wohnungen des Gebiets 2.065 umfassend modernisiert worden sind. Im Wohnungsneubau entstanden rund 400 Wohnungen, darunter die ausschließlich aus Eigentumswohnungen bestehende Anlage »Prenzlauer Gärten«. Bislang sind im Gebiet rund 1.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden, das sind 27 Prozent des Bestands. Einer im Auftrag des Bezirksamts von ASUM, der Gesellschaft für Angewandte Sozialforschung und Urbanes Management erstellten Sozialstudie ist zu entnehmen, dass sich im Sanierungszeitraum die Zahl der Gebietsbewohner von 5.125 auf rund 6.100 erhöht hat - ein Zuwachs von knapp 20 Prozent. Einen bemerkenswerten Anstieg um das Zweieinhalbfache hat es bei den Kindern im Vorschulalter gegeben, die jetzt mehr als ein Zehntel der Gebietsbevölkerung ausmachen. Auch das Qualifikations- und Einkommensniveau ist gestiegen. Knapp zwei Drittel der

Bewohner haben einen Hoch- bzw. Fachschulabschluss, und mit 2.000 EUR liegt das mittlere Haushaltsnettoeinkommen im Gebiet um 30 Prozent über dem im Bezirk und im Land Berlin.

Andererseits gilt jeder siebente Haushalt im Gebiet als armutsgefährdet, sechs Prozent sind ALG II-Empfänger. Zwar ist es im Rahmen des 2001 eingestellten Förderprogramms »Soziale Stadterneuerung« gelungen, im Gebiet einen Pool von 400 langfristig mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen für sanierungsbedürftige Haushalte zu schaffen sowie durch Sozialplanverfahren und die Anwendung von Mietobergrenzen bis zu deren Verbot im Jahr 2003 die Mietpreisentwicklung für Bestandsmieter sozial verträglich zu gestalten, doch inzwischen übersteigt im Bötzowviertel die mittlere Nettokaltmiete von 6,38 EUR/m<sup>2</sup> für Vollstandardwohnungen das Mietniveau anderer innerstädtischer Gebiete. Die mittlere Warmmietbelastung beträgt hier derzeit 31,4 Prozent des Nettohaushaltseinkommens. So verwundert es nicht, dass von den Mieterhaushalten, die schon 1995 im Gebiet wohnten, nur noch 18 Prozent verblieben sind. Sie leben überwiegend in noch unsanierten Wohnungen. Dagegen sind rund zwei Drittel der jetzigen Bewohner erst nach 2002 zugezogen, etwa die Hälfte von ihnen aus dem ehemaligen Westberlin und den alten Bundesländern. ASUM kommt zu dem Schluss, dass auch im Bötzowviertel die soziale Mischung, die es zu Beginn der Sanierung in vielen Häusern gab, unter den Bedingungen des freien Wohnungsmarktes keinen Bestand mehr hat. Dennoch werden die Ergebnisse der Sanierung von 90 Prozent der befragten Haushalte positiv bewertet. Das gilt insbesondere für die deutliche Verbesserung der Wohnqualität ebenso wie für neugestaltete Spiel- und Freiflächen sowie Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Kritisch gesehen werden dagegen die nach wie vor unzureichenden Angebote für Jugendliche und Senioren sowie die Verschiebung des Neubaus von zwei Schulsporthallen auf die Zeit nach Aufhebung des Sanierungsgebiets.

# Das Buch von hier

»Königstorkinder« ist zugleich Heimatroman und Sozialporträt Von H. Seefeld

Das Café Fröhlich in der Belforter Straße gibt es, so spaßig sein Name auch erscheint, tatsächlich. Auch die Menschen, die darum kämpfen, dass der Friedhof an der Heinrich-Roller-Straße nicht mit Häusern bebaut wird, sind keine Erfindung des Autors. Und selbst die »Beschäftigtenagentur«, die mit Projekten so manchen über Wasser hält und von deren Fenstern aus man einen Blick auf die Reihenhäuser der Prenzlauer Gärten werfen kann, findet ihre Entsprechung in der Wirklichkeit. In seinem im September erschienenen Prenzlauer-Berg-Roman »Königstorkinder« hat der Journalist Alexander Osang sehr viel Wert auf die Authentizität der Handlungsorte gelegt. Die Wiedererkennungseffekte goutiert der lokale Leser mit diebischer Freude, und lassen ihn in Erwartung weiterer Aha-Effekte aufmerksam durch die etwas verschwurbelte Geschichte eilen. Ein feiner Trick des Autors, denn auf sich allein gestellt macht die Grundstory das 330 Seiten starke Buch nicht unbedingt zum Bestseller: Ehefrau aus besagten Prenzlauer Gärten mit

Herkunft aus München verliebt sich in einen aus Neustrelitz zugezogenen Ein-Euro-Jobber mit Hinterhof-Wohnung am S-Bahn-Ring. Eine Ost-West-Beziehung - das klingt zunächst nicht wirklich sensationell. Doch allein die Passagen, in denen Osang seine durch langjährige Journalistentätigkeit geschulte Beobachtungsgabe in die Beschreibung des Umfelds einfließen lässt, machen das Buch zu etwas Besonderem. Und von einem sehr hintergründigen Humor zeugt etwa jene Episode, in der projekterfahrene Jungwerber an einer Kampagne für das eigentlich längst in Vergessenheit geratene DDR-Weinmischgetränk »Vipa« knobeln, das aber –natürlich– in der Realität gerade eine kleine Wiederauferstehung feiert.

»Königstorkinder« ist aber mehr als ein amüsanter Heimatbuch, es ist vor allem auch ein Gesellschaftsroman. Nirgendwo anders als eben in Prenzlauer Berg ist es tatsächlich vorstellbar, dass ein mecklenburgischer Hartz-IV-Empfänger und eine bayrische Anwaltsgattin mit eigenem Hochschulabschluss eine ernstzuneh-



Alexander Osang; »Königstorkinder«, S. Fischer Verlag Frankfurt/Main, 19,95 EUR, ISBN 978-3-10-057613-2

mende Liaison eingehen. Osang, der nach mehreren Jahren Korrespondententätigkeit in New York wieder im Bötzowviertel sein Zuhause hat, reflektiert anhand dieser Liebesgeschichte eindrucksvoll die Veränderungen, die sich in »seinem« Stadtteil während seiner Abwesenheit vollzogen haben. Und so wurde das Buch vor allem auch zu einem gelungenen Sozialporträt eines der populärsten Quartiere in Deutschland.

# BVV bremst Verfahren

Votum für öffentlichen Weg über Areal an der Kastanienallee Von H. Seefeld

Als auf der internationalen Münchener Immobilienmesse »Expo Reak« Anfang Oktober 1.645 Anbieter ihre »Filetgrundstücke« präsentierten, wollte auch der Berliner Liegenschaftsfonds nicht fehlen. Zu seinen Verkaufshighlights zählte das Grundstück Kastanienallee 97/99 in Prenzlauer Berg. Ein Wohn- und Geschäftshausensemble soll auf dem 3.150 m<sup>2</sup> großen Areal entstehen, das derzeit als Parkplatz genutzt wird. Bis Januar 2011 können Interessenten ihre Kaufgebote im Rahmen eines Bieterverfahrens abgeben. Allerdings müs-

sen sie Vorgaben beachten, die durch einen Bebauungsplan verbindlich festgelegt werden. Doch dessen Intentionen sind schon frühzeitig umstritten. Zeitgleich mit der Messe erschien in der Berliner Zeitung eine Anzeige des Bezirksamts Pankow, in der für die Zeit vom 7. bis 22. Oktober die Auslegung der Planentwürfe im Rahmen einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung angekündigt wurde. Doch dieser Termin wurde plötzlich verschoben. Hintergrund ist ein klares Votum im Stadtentwicklungsausschuss der BVV einen Tag zuvor,

wonach nur jene Planung präsentiert werden darf, die eine öffentliche Passage zwischen Kastanien- und Schönhauser Allee über das Grundstück rund um die Uhr ermöglicht. Ursprünglich sollte alternativ auch die Variante mit eingeschränkter Wegnutzung vorgestellt werden. Der zuständige Projektleiter beim Liegenschaftsfonds, Peter Tiedt, ist irritiert, denn der BVV-Beschluss von Ende 2008, der das B-Planverfahren initiiert hat, fordert lediglich »eine Durchwegung, die mindestens zu den üblichen Geschäftszeiten geöffnet ist«. »Dieser Vorgabe«, so Tiedt, »entsprechen jedoch beide Varianten«. In seinem Verkaufsprospekt hat der Liegenschaftsfonds allerdings auf jeglichen Hinweis zu einem öffentlich nutzbaren Weg über das Grundstück verzichtet.



©Hartmut Seefeld

Zwischen Bizetstraße und Meyerbeerstraße sind die historischen Vorgärten bereits wieder hergestellt.

## Kein Ende der Sanierung

Wichtige Vorhaben werden bis 2013 noch realisiert **Von Albrecht Mollé**

Am 11. Juli ist die Rechtsverordnung des Senats zur Aufhebung der Sanierungssatzung im Weißenseer Komponistenviertel in Kraft getreten. Doch damit ist das Sanierungsgeschehen in dem Quartier zu beiden Seiten der Berliner Allee keineswegs zum Erliegen gekommen. Zwar sind bereits mehr als 15 Millionen EUR in den Ausbau der sozialen Infrastruktur des gründerzeitlichen Gebiets geflossen, doch der Bezirk und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben Vorsorge getroffen, dass bisher nicht verwirklichte wichtige Sanierungsziele noch bis Ende 2013 umgesetzt werden können. Dazu zählen der Bau einer Zweifeldsporthalle für die Picasso-Grundschule und die »Schule im Komponistenviertel«, die im September 2011 in Betrieb genommen werden soll, die Sanierung eines Turnraums in der Smetanastraße, die Erneuerung von Gehwegen in der Bizet- und der Tassostraße sowie die Gestaltung einer Grün- und Spielfläche in der Gounodstraße 54-58. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch das Vorhaben, die schadhafte Gehwege und die historischen Vorgärten in der Herbert-Baum-

Straße zu erneuern. Sie führt von der Berliner Straße direkt zum Haupteingang des Jüdischen Friedhofs, der Besucher aus aller Welt anzieht und dessen Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe das Land Berlin anstrebt. 617.000 EUR stehen für die Verschönerung des Straßenbilds zur Verfügung. Nachdem 2001 bereits das erste Segment zwischen Berliner Allee und Bizetstraße neu gestaltet und im vorigen Jahr der Abschnitt zwischen Bizet- und Meyerbeerstraße fertiggestellt worden waren, beginnen jetzt nach der Verlegung neuer Trinkwasserleitungen und eines Schmutzwasserkanals mit einiger Verspätung die Arbeiten im letzten Abschnitt zwischen Meyerbeerstraße und Friedhofseingang. »Dabei werden die Vorgärten durchgehend bis zum Friedhofsvorplatz wiederhergestellt und das Mosaikpflaster restauriert«, sagt Carola Kümritz vom Tiefbauamt Pankow. Abhängig vom Baufortschritt wird dann die Bepflanzung der Vorgärten und die Wiederauffüllung des lückenhaften Straßenbaumbestands erfolgen. Vorgesehen ist auch die Installation einer neuen Straßenbeleuchtung.

## Die »Möwe« zögert noch

Noch keine Einigung über Vertrag für »Peter Edel« **Von A. Mollé**

Seit nahezu drei Jahren verhandelt der Immobilienservice des Bezirksamts Pankow nun schon mit der Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH und deren Partner, der privaten Berliner Schule für Schauspiel, über die Ansiedlung dieser Ausbildungseinrichtung im ehemaligen Weißenseer Kulturhaus »Peter Edel« in der Berliner Allee 123. Nach zähen, mehrmals unterbrochenen Gesprächen liegt jetzt endlich ein aus Sicht des Bezirks akzeptabler Entwurf eines Erbbaurechtsvertrags vor. Der GSE soll das Ende 2007 vom Bezirk aufgegebenes Gebäude, das 1885 als Restaurant errichtet worden war, für einen symbolischen Euro für 30 Jahre überlassen werden. Dafür soll sie seinen Umbau zur Ausbildungs- und Spielstätte »Die Möwe« übernehmen und einen langfristigen Mietvertrag mit der zurzeit noch in Friedrichshain ansässigen Schauspielschule abschließen. Wie die für bezirkliche Immobilien zuständige Bezirksstadträtin Christine Keil auf Anfrage von »Vor Ort« jetzt bestätigte, hat die Senatsverwaltung für Finanzen dieser Lösung zugestimmt. »Seitens des Bezirksamts sind damit die Voraussetzungen für eine Vertragsunterzeichnung gegeben, jetzt geht es nur noch um den Mietvertrag zwischen der GSE und der Schauspielschule«, sagt Keil.

Ganz so optimistisch äußert sich Lars Liepe, Mitglied der Schauspielschulleitung, jedoch nicht. Man spreche zwar mit der GSE über den Mietvertrag, aber auch mit dem Bezirksamt seien noch einige durchaus essenzielle Fragen zu klären, ehe der Umbau des Gebäudes, für den zwei Jahre veranschlagt sind, beginnen könne. Worum es der Schauspielschule konkret geht, wollte Liepe aber nicht sagen. Von einer baldigen Landung der »Möwe« in ihrem neuen Nest kann also vielleicht doch noch nicht die Rede sein.

## Saniertes Schulhaus

Feierstunde mit Senatorin endete mit einem Eklat **Von Hartmut Seefeld**

Nach zweijähriger Bauzeit wurde am 29. September das Schulgebäude Danziger Straße 50 feierlich übergeben. Entsprechend den Planungen des Architekten Frank Goller wurde das denkmalgeschützte Haus aus dem Jahre 1894 zu einer zweizügigen Grundschule mit offenem Ganztagsbetrieb umgebaut. Ein Sanitär-anbau aus den 60er Jahren wurde abgerissen, der Sanitärtrakt in das Gebäude integriert. Für die Beheizung steht neben einem herkömmlichen Gaskessel auch ein Blockheizkraftwerk bereit. Nach modernen Standards wurden die Elektro- und Telefonanlage erneuert, die Holzbalkendecken saniert und die Unterböden niveaugleich zu den Fluren neu aufgebaut. Die Räume sind mit Linoleum, die Aula mit Parkett ausgestattet. Das Dach wurde komplett instandgesetzt, die Kastendoppelfenster saniert, einzelne Fenster erneuert. Insgesamt waren über 40 Fachfirmen am Umbau beteiligt. Die Baukosten betragen für diesen ersten Bauabschnitt 5,76 Millionen EUR, davon stammen 4,7 Millionen EUR aus dem Förderprogramm Stadtumbau Ost. In einem zweiten Bauabschnitt werden bis Herbst 2011 die Hofflächen und die Außensportanlagen neu gestaltet.

Die feierliche Übergabe wurde von einem Eklat überschattet. In Anwesenheit von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer ergriff mitten in den Ausführungen des Architekten die Mutter eines Erstklässlers das Wort. Babette Bruhns übte deutlich Kritik an den Denkmalschutzauflagen: »Die Farbgebung und die Schalldämmung in den Fluren entsprechen nicht im Mindesten den Anforderungen modernen Lernens«. Wenn mehr als drei Personen auf dem Flur unterwegs sind, sei kaum ein Wort mehr zu verstehen, heißt es auch aus dem Lehrpersonal. Bruhns und andere Eltern fordern Nachbesserungen.



© Henrik Pohl

Die Schönhauser Allee wird zu einem Hauptzentrum des Bezirks Pankow.

## Anger verliert Monopol

Schönhauser Allee wird zum Hauptzentrum des Bezirks **Von Hartmut Seefeld**

Als vor fünf Jahren die BVV das erste Zentrenkonzept des Bezirks Pankow beschloss, fanden sich darin einige Merkwürdigkeiten. Besonders auffällig war die Ausweisung des früheren Pankower Dorfkerns zum einzigen Hauptzentrum des bevölkerungsreichsten und territorial zweitgrößten Berliner Bezirks. In einer Reihe mit Kudamm, Alex oder Hermannplatz wirkte das mit Abstand kleinste aller Berliner Hauptzentren immer ein bisschen deplatziert. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Stattdessen aber boomte die Schönhauser Allee in Prenzlauer Berg. »Wir kommen nicht umhin, die Schönhauser Allee als weiteres Hauptzentrum in den Zentrenplan aufzunehmen«, erklärt Thomas Nagel vom Berliner Stadtplanungsbüro Spath und Nagel. Gemeinsam mit der Hamburger Unternehmensberatung Dr. Lademann & Partner überarbeitet man dort im Auftrag des Bezirksamts das Pankower Zentrenkonzept. Die Notwendigkeit, die von der Mehrheit der Bezirkspolitiker gewünschte Monopolstellung für das Pankower Zentrum jetzt aufzuheben, wird allein schon durch die Zahl der

vorhandenen Verkaufsflächen verdeutlicht. Während die Situation am Anger mit 31.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche stagniert, bietet das Gebiet an der Schönhauser Allee bereits 38.600 m<sup>2</sup>. Im Gegensatz zum Anger, wo die Planer empfehlen, Handelsnutzungen dort zu konzentrieren und deshalb andernorts auch zu versagen, wird für Prenzlauer Berg eine andere Maxime ausgegeben. »Auch außerhalb der definierten Zentren sollten in diesem Stadtteil zentrenrelevante Nutzungen zugelassen werden, sie sind hier Teil der urbanen Struktur«, meint Ulrike Rehr von Dr. Lademann & Partner.

Gegeben wurden diese und andere Empfehlungen am 28. Oktober im Rahmen einer öffentlichen Erörterung vor 40 Interessenten im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17. Der Entwurf des neuen Konzepts ist im Internet bis 18. November unter [www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/stadt/stapl.html](http://www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/stadt/stapl.html) einsehbar. »Stellungnahmen sind ausdrücklich erwünscht«, erklärt Gabriele Pfeil vom Stadtentwicklungsamt. Im ersten Quartal 2011 soll das neue Zentrenkonzept von der BVV beschlossen werden.

# »Edith`s Koffer«

Von Jorge Scholz, Freier Mitarbeiter des Museumsverbands Pankow

Das Schulhaus in der Greifswalder Straße 24/25, früher ein Lyzeum, wurde unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 als Städtisches Waisenhaus und Hauptkinderheim von Groß-Berlin eingerichtet. Zunächst nur als Provisorium gedacht, blieb es hier bis 1953, einschließlich Isolierstation, Fürsorge, Labor und Küche. Von Not, Mangel

Zeit vielfach vorherrschenden drakonischen Erziehungsstil. Donat war Jüdin und Westemigrantin und gleichzeitig eine idealistische, jedoch nicht immer getreu der Parteilinie handelnde Persönlichkeit. Während der Emigration in Skandinavien kam sie mit reformpädagogischen Erziehungsidealen in Kontakt, die sie als Heimleiterin umzusetzen versuchte.



© Kommunaler Museumsverband Pankow

Feier auf dem Flur des Hauptkinderheims von Groß-Berlin zum Kindertag am 1. Juni 1951.

und Infektionskrankheiten geprägt, war das Haus Auffang- und Durchgangsstation für heimat- und familienlose sowie sozial gefährdete Kinder. Mehrere hundert Kinder lebten hier, vom Säugling bis zum Jugendlichen. Bis zu 20 Zöglinge schliefen in einem Zimmer, das zugleich auch als Klassenraum genutzt wurde. Am schwierigsten waren die Verhältnisse auf der Quarantänestation, wo infektiöse Kinder bis zu sechs Wochen isoliert wurden.

Geprägt wurde das Kinderheim insbesondere durch das engagierte Wirken von Edith Donat, die im Herbst 1946 die Heimleitung übernahm. Sie verzichtete bewusst auf politische Rituale und den zu jener

Zunächst als »Verdiente Lehrerin des Volkes« ausgezeichnet, kam sie durch ihr kritisches und zum Teil eigenwilliges Handeln zunehmend in Konflikt mit ihrem Personal und den Vorgesetzten im Jugendamt und in der SED. Noch vor dem Umzug des Heims in die Treptower Königsheide 1953 wurde sie von ihrer Aufgabe entbunden. Spuren ihres Wirkens sind jedoch geblieben.

Teile ihres Nachlasses, gesammelt in einem alten Koffer, wurden vor einiger Zeit von der Tochter Vibeke Becker dem Museumsverband übergeben. Der Inhalt von »Edith`s Koffer«, darunter historische Fotos, amtliche Schreiben sowie eine große Anzahl von Karten und Briefen

ehemaliger Zöglinge, bildete den Ausgangspunkt für ein Schülerprojekt an der Kurt-Schwitters-Oberschule, die heute in der Greifswalder Straße 25 die Hausherrin ist. Mit der Nachlassübergabe an das Museum war auch die Bedingung formuliert worden, diesen nicht einfach nur zu archivieren sondern ihn zum Anlass zu nehmen, junge Menschen von heute mit diesem Thema »Hauptkinderheim« zu konfrontieren. In der Folge entwickelten die Museumsmitarbeiter Jorge Scholz und Heiko Hübner gemeinsam mit der Geschichtslehrerin Yvonne Hentschel eine entsprechende Projektwoche für die Klassenstufe 10. An insgesamt acht Projekttagen im Juni und September dieses Jahres sichtigten die Teilnehmer Bauakten, Fotos und persönliche Briefe. Zudem untersuchten und werteten sie amtliche Dokumente und die Korrespondenz zwischen Heimleitung, SED und Jugendamt aus. Darüber hinaus führten die Schüler zwei Zeitzeugeninterviews mit Vibeke Becker sowie mit Dieter Engler, einem ehemaligen Zögling des Heimes.

Zum Tag des offenen Denkmals am 11. September präsentierten 15 Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit. In zwei Führungen geleiteten sie die jeweils 20 Besucher durch das Gebäude. Sie berichteten über die Nutzungs- bzw. Baugeschichte des 1914 fertiggestellten Hauses, den Lebensalltag im Kinderheim, thematisierten Bildung und Erziehung in den Jahren nach 1945 und berichteten über die Person Edith Donat. Neben Hofgelände, Aula und Küche wurden ehemalige Privaträume und stellvertretend ein heutiger Klassenraum besucht. In Form thematischer Beiträge, historischer Abbildungen, Anekdoten und Zitaten trugen die Schüler die erworbenen Kenntnisse vor. Kritisch wurde auf die weiterhin schwierige Quellenlage zur Geschichte dieses Hauptkinderheims von Groß-Berlin verwiesen. Museum und Schule haben vereinbart, weiter nach Spuren dieser bedeutsamen Institution zu forschen. Die Schüler reagierten auf Rückfragen und Hinweise während der beiden Führungen souverän – eben ganz wie angehende Historiker.

# Kathedrale der Arbeit

Ehemalige Rinderauktionshalle wird zum Drahteselstall Von Hartmut Seefeld

Das Feuilleton in Berlins Zeitungen geriet vor einiger Zeit in Verzückung: »Dieser Ort wäre die Lösung, das Gejammere, dass Berlin keine Kunsthalle hat, fände sein Ende. Diese Kathedrale der Arbeit des 19. Jahrhunderts scheint wie geschaffen für die Kunst der Moderne. Diese Architektur gehört zu den besten historischen Beispielen des Eisernen Berlins«. Das ist nun sieben Jahre her. Seitdem ist die ehemalige Rinderauk-

möchte in gleicher Dimension gern auch im Osten der Stadt präsent sein. Die denkmalgeschützte Rinderauktionshalle passt da offenbar perfekt.

Gebaut wurde sie in den Jahren 1878 bis 1881 nach einem Entwurf des Berliner Stadtbaurats Hermann Blankenstein. 320 gusseiserne Säulen tragen die gesamte bis zu zwölf Meter hohe Konstruktion. Allein das hölzerne Dach hat eine Fläche von 15.000 m<sup>2</sup>. »Das haben wir komplett neu

Ben »Restfläche« werden Lager, Werkstatt und ein kleiner Bürotrakt entstehen. In ihrer gesamten Raumlänge wird die Halle nach der Sanierung nicht mehr erlebbar sein. »Ein B-Plan sieht vor, dass wir eine öffentliche Durchwegung von Ost nach West durch die Halle gewährleisten müssen«, erklärt Gnädinger. Damit der Austausch zwischen Lager und Verkaufsraum unproblematisch funktioniert, wird dieser Weg über eine Brücke bzw. Rampe quer durch die Halle geführt und mit einer Mauer begrenzt. »Trotzdem«, so verspricht es der Architekt, »wird die Halle besonders im Verkaufsraum als Industriedenkmal sehr gut erlebbar sein«. Beheizt wird die Halle mit Fernwärme



©Gnädinger Architekten

Zwischen »Kaufland« und zahlreichen neuen Reihenhäusern gelegen, wird auf dem ehemaligen Schlachthof die frühere Rinderauktionshalle zu einem riesigen Marktplatz für Zweiräder.

tionshalle auf dem Gelände des Alten Schlachthofs an der Eldenaer Straße in Prenzlauer Berg nicht nur keine Kunsthalle geworden, sondern auch keine Markthalle mit Angeboten traditioneller Handwerkskunst, wie es die Stuttgarter Zunft AG 2005 geplant hatte. Und die Pläne eines Dubliner Erwerbers aus dem Jahre 2008, die Halle in Kooperation mit dem Berliner Architekturprofessor Benedict Tonon mit einem großen Wellness-Zentrum zu neuem Leben zu erwecken, scheiterten nicht zuletzt an den Folgen der Finanzkrise. So kam das mittlerweile hässliche Prunkstück erneut auf den Immobilienmarkt und landete im vergangenen Jahr in den Händen der Regensburger Zweiradhändlerin Caroline Stadler. Die Firma betreibt in Charlottenburg bereits ein 12.000 m<sup>2</sup> großes Einkaufscenter für Fahrräder, Mofas und Zubehör und

zimmern müssen«, macht der mit dem Umbau beauftragte Berliner Architekt Rolf Gnädinger auf den ungeheuren Aufwand aufmerksam, der für eine Wiederbelebung des Bauwerks betrieben wird. Stadler wird hier ca. 15 Millionen EUR investieren. Im Frühjahr erfolgte der Auftakt der Arbeiten mit der Bäumung der seit vielen Jahren nur noch sporadisch genutzten Halle, die eine Grundfläche von 16.730 m<sup>2</sup> umfasst. »Im Frühjahr 2011 soll Eröffnung gefeiert werden, das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel«, meint der 44-jährige Architekt. Bis dahin ist tatsächlich noch eine Menge zu tun. Die Halle wird in der Mitte in zwei Bereiche geteilt. Der 7.660 m<sup>2</sup> große Verkaufsbereich mit einer Cafeteria mit Blick zum benachbarten Blankensteinpark wird an der Nordseite eingerichtet. Auf der fast gleichgro-

über eine Fußbodenheizung. Die Idee, über Geothermik die notwendige Energie aus einem 99 Meter tiefen Bohrloch zu gewinnen, wurde, obwohl die Pläne dafür schon sehr konkret waren, vom Investor nicht bis zu Ende verfolgt. Die Außenwände der Halle werden mit anthrazitfarbenen Paneelen verkleidet, die aus einem Material bestehen, das auch bei Kühlhäusern Verwendung findet. Auf diese Art soll die sehr schwierige Energiebilanz der Riesenhalle aufgebessert werden.

Wenn nichts Gravierendes mehr passiert wird also nach Jahrzehnten des Stillstands im kommenden Jahr in der alten Auktionshalle wieder gehandelt. Drahtesel statt Rinder stehen dann zum Anfassen und Anschauen bereit. Das ist wohl auch die beste Botschaft für den einzigartigen Bau – der Verkauf geht weiter.

# Variable Wohnflächenwerte

Von Sylvia Hoehne-Killewald, Geschäftsführerin Mieterberatung Prenzlauer Berg

Grundlage für das Maß und die Berechnung von Wohnflächen bilden die Paragraphen 42 bis 44 der »Zweiten Wohnflächenverordnung« vom 25. November 2003. Allerdings bezieht sich diese Verordnung nur auf öffentlich geförderten bzw. steuerbegünstigten Wohnraum. Für Wohnungen in den neuen Bundesländern und in den östlichen Bezirken Berlins sind die Bestimmungen dieser Paragraphen jedoch ebenfalls zugrunde gelegt worden. Voraussetzung für ihre Wirksamkeit ist aber, dass bei Abschluss des Mietvertrags in punkto Wohnflächengröße nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde. Für frei finanzierte Wohnungen wird diese Regelung in gleicher Weise angewendet.

## Definition der Wohnfläche

Die Wohnfläche definiert sich als die Summe der anrechenbaren Grundflächen der Räume, die unmittelbar zur Wohnung gehören. In der Wohnflächenverordnung heißt es dazu: »Die Wohnfläche einer Wohnung umfasst die Grundflächen der Räume, die ausschließlich zu dieser Wohnung gehören. Zur Wohnfläche gehören auch die Grundflächen von Wintergärten und ähnlichen nach allen Seiten geschlossenen Räumen sowie von Balkonen, Loggien, Dachgärten und Terrassen«.

## Streit um Wohnfläche

In nicht wenigen Fällen gerät die Bestimmung der Wohnflächengröße zum Streitfall zwischen Mieter und Vermieter. Denn häufig stellen sie nach Einzug in ihre neue Wohnung fest, dass die tatsächliche Wohnfläche kleiner ist als im Mietvertrag vereinbart. Für den Mieter ist dies natürlich ärgerlich und führt oftmals auch zu rechtlichen Auseinandersetzungen. Die Tatsache, dass die eigentliche Wohnfläche kleiner ist als die im Mietvertrag angegebene, muss aber,

wenn der Streit vor Gericht ausgetragen wird, nicht unbedingt als ein zu beanstandender Mangel gewertet werden. Denn selbst wenn im Mietvertrag die Quadratmeterzahl festgeschrieben ist, wird das von den Richtern nicht automatisch als eine vom Vermieter gegebene verbindliche Zusicherung angesehen. Oft ist auch kein Mietpreis pro Quadratmeter vereinbart, die Wohnung also wie besichtigt angemietet worden. Nur wenn deutlich ersichtlich ist, dass die genaue Wohnungsgröße für den Mieter ein ausschlaggebender Grund für die Anmietung der Wohnung war, gilt die vom Vermieter gemachte Quadratmeterangabe als verbindliche Zusage.

Ist im Mietvertrag ein Quadratmeterpreis angegeben, bewerten die Gerichte eine solche Angabe oft sehr unterschiedlich. Dabei ist die exakte Größe der Wohnung durchaus von Bedeutung. Zum einen ist sie Grundlage für die ständige Mietbelastung, zum anderen spielt sie eine Rolle bei Mieterhöhungen sowie bei der wohnungsbezogenen Ermittlung der Wohnnebenkosten.

## Berechnung der Wohnfläche

Sollten Sie als Mieter an der in Ihrem Mietvertrag angegebenen Wohnfläche Zweifel haben oder wollen Sie eine durch Ihren Vermieter vorgenommene Neuvermessung überprüfen, können Sie auch selbst zum Zollstock greifen. Dabei sollten Sie nach folgenden Regeln vorgehen:

Messen Sie stets die Innenmaße aller Wohnräume. Bei Räumen mit einer Höhe von zwei Metern und mehr berechnen Sie die Fläche mit 100 Prozent. Räume, die höher als einen, aber niedriger als zwei Meter sind, setzen Sie mit 50 Prozent ihrer Grundfläche an. Räume unter einem Meter Höhe sollen im Normalfall nicht berücksichtigt werden. Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung, wie Keller, Abstell- und Bodenräume,

Geschäftsräume, Waschküchen, Trocken- und Heizungsräume sowie Garagen werden bei der Wohnfläche nicht mit einberechnet.

Balkone, Loggien und Dachgärten dürfen zur Ermittlung der Wohnfläche bei Sozialwohnungen jedoch bis zur Hälfte angerechnet werden. Bei frei finanzierten Wohnungen kommt es dagegen immer auf den Wohnwert an. Im Normalfall wird hier die Balkon-, Loggia-, Terrassen- oder Dachgartenfläche bis zu einem Viertel angerechnet, in Toplagen sogar bis zur Hälfte. Strittig ist dagegen, ob ein Teil der Balkonfläche mit angerechnet werden muss, wenn der Balkon praktisch unnutzbar ist, wie zum Beispiel an einer sehr verkehrsreichen Straße, wo Abgase und Lärmbeeinträchtigung nicht unerheblich sind. In solchen Fällen kommt es aber immer wieder zu durchaus unterschiedlichen Gerichtsurteilen.

Eine Terrasse kann bis maximal zur Hälfte in die Wohnflächenberechnung einbezogen werden. Allerdings muss sie dann auch ausreichend gegen Einsicht von außen geschützt sein. Wie sich das im Einzelfall darstellt, sollten Sie auf jeden Fall vorher abklären. Es bietet sich hier die –allerdings oft sehr unterschiedliche– Rechtsprechung an.

## Neuvermessung der Wohnfläche

Sollten Sie feststellen, dass die von Ihnen ausgemessene Wohnfläche erheblich von der im Mietvertrag angegebenen abweicht, können Sie ihren Vermieter um die Neuvermessung bitten. Dabei sollten Sie jedoch nicht versäumen, eine Frist zu setzen. Bei nachweisbaren Abweichungen haben Sie als Mieter aber nicht unbedingt Anspruch auf eine entsprechende Mietrückzahlung, es sei denn, Sie können nachweisen, dass der Vermieter wissentlich falsche Angaben gemacht hat, um sich einen finanziellen Vorteil zu verschaffen. Dieser Nachweis erweist sich in der Praxis jedoch meist als sehr schwierig. Wenn Sie berechnete Zweifel haben, empfehlen wir Ihnen, sich zunächst erst einmal direkt an Ihren Vermieter zu wenden. Stoßen Sie auf Ablehnung, sollten Sie sich Rat in einer Mieterberatung holen.

## Revidierte Entscheidung

Mit einer ungewöhnlichen Entscheidung hat das Bezirksamt Pankow den Weiterbestand des Szeneklubs »lcon« in der Milastraße in Prenzlauer Berg gesichert, nachdem ein Mitarbeiter des Stadtentwicklungsamts im Juli dieses Jahres den beiden Betreibern Lars Döring und Pamela Schobess die

lung, Michail Nelken. Damit sei die vom Verwaltungsgesetz vorgegebene Jahresfrist verstrichen. Das Amt hatte mit seiner drakonischen, nunmehr aufgehobenen Entscheidung auf die eher beiläufige Beschwerde des Bewohners eines 2008 fertiggestellten Neubaus in der Cantianstraße 15 über Besucherlärm vom April dieses Jahres reagiert. Der Eingang zum Klub verläuft regulär über dieses Grundstück.

Projektsprecher Willo Göpel weniger als die Hälfte der Wohnungen verkauft worden. Unmittelbar an der Straßenfront steht mit der Villa Krüger das zweitälteste Gebäude Prenzlauer Bergs (1864), das umfangreich saniert und anschließend als Praxisstandort für Ärzte, Anwälte oder Steuerberater vermarktet werden soll.

AG Gedenkstätten in der Senatskanzlei, Rainer E. Klemke, gegenüber Vor Ort erklärte. Außerdem, so Klemke, sei der Herbst aus botanischer Sicht die bessere Zeit für die Pflanzung der Kirschbäume.

## Herbe Kritik

Mehrere Bürgerinitiativen haben am 22. September 2.500 Einwendungen gegen den Bebauungsplan zur Erweiterung des Mauerparks an Mittes Stadtrat für Stadtentwicklung Ephraim Gothe (SPD) übergeben. »Wir gehen davon aus, dass auf elektronischem Wege noch einmal die gleiche Menge an Einwänden und Stellungnahmen eingegangen ist«, erklärt der Sprecher des Bürgervereins Gleimviertel, Heiner Funken. Kernpunkt der Kritik sind die hohen Bebauungsdichten, die der Plan als Kompensation für die Bereitstellung von 5,8 Hektar Erweiterungsfläche für den Mauerpark auf Weddinger Seite ermöglicht. So sollen nördlich vom Gleimtunnel bis zu 600 Wohnungen gebaut und auch an der Ecke Woliner Straße/Bernaer Straße das Verdichtungspotenzial voll ausgeschöpft werden. Kritik übt die Pankower SPD an ihrem Genossen in Mitte: »Die in das Verfahren gegebene Version des B-Plans konterkariert klar den artikulierten Bürgerwillen«, erklärt der hiesige SPD-Chef Alexander Götz. Gothe wird aufgefordert, zur Konsenslinie zurückzukehren. Besonders streitbefangen ist der vom Stadtrat betriebene Teilabriss des Gleimtunnels. »Das geplante Wohngebiet nördlich der Gleimstraße kann nur akzeptiert werden, wenn seine Erschließung keine Breschen durch historische Bausubstanz schlägt«, warnt Götz.

## Neuer Gedenkplatz

Anlässlich des 21. Jahrestags des Berliner Mauerfalls wird am 9. November der »Platz des 9. November 1989« in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit der Öffentlichkeit übergeben. Nach einer Idee des Berliner Planungsbüros »sinai« wurde auf der Nordseite der Bornholmer Straße kurz vor der Boese-Brücke ein Hain aus Zierkirschen angelegt der sich zur Brücke hin verdichtet und so die drängenden Menschenmassen am ehemaligen Grenzübergang kurz vor der friedlichen Grenzöffnung symbolisiert. Auf rostigen Stahlbändern sind begleitende Textfragmente zu lesen. Unmittelbar am westlichen Ende des 155 Meter langen Platzes wurde der Gedenkstein aufgestellt, der bereits auf der anderen Straßenseite mit dem Spruch von Willy Brandt: »Berlin wird leben, und die Mauer wird fallen« an die Historie dieses Ortes erinnerte. Die Gestaltung des Platzes kostet 350.000 EUR und wird aus dem SED-Sondervermögen finanziert. Der zunächst auf Frühjahr 2010 datierte Termin für die Übergabe des Platzes wurde verschoben, weil man sich dann doch beim Senat dafür entschieden hat, »den Jahrestag des 9. November zum Anlass der Platzeroöffnung zu nehmen«, wie der Leiter der



©Winsgärten GmbH

In der Greifswalder Straße 200 entstehen 41 Eigentumswohnungen.

baurechtliche Genehmigung für den Betrieb einer Vergnügungsstätte in den Kellern der ehemaligen Groterjan-Brauerei eigenmächtig zum Jahresende kündigte. Nach umfangreichen, auch internationalen Protesten sowie parteiübergreifender Ablehnung des Genehmigungsentszugs durch die in der BVV vertretenen Parteien hat das Bezirksamt Pankow den Widerruf der Genehmigung am 6. Oktober zurückgenommen. »Die Prüfung hat ergeben, dass dieser Widerruf nicht fristgemäß erfolgte, da der Baubehörde die Tatsachen, mit denen der Widerruf begründet wurde, bereits länger als zwölf Monate bekannt waren«, erklärt der Stadtrat für Stadtentwick-

## Hinten Wohnen

Mit knapp zweijähriger Verspätung feierten die Investoren FOM Real Estate aus Frankfurt/Main und Cometo Capital Partners aus München am 15. Oktober den »Ersten Spatenstich« für das Wohnprojekt »Winsgärten« in der Greifswalder Straße 200. Nach Entwürfen des Berliner Architekten Stephan Höhne (Prenzlauer Gärten) entstehen bis zum Winter 2011/12 im Blockinneren des Winskiezes in unmittelbarer Nachbarschaft der Evangelischen Schule 41 Eigentumswohnungen zum Preis von ca. 3.000 EUR/m<sup>2</sup>. Insgesamt 20 Millionen EUR sollen investiert werden. Zum Baubeginn waren laut

## Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5,  
☎ 44 33 810

Dienstag 14 bis 19 Uhr, Anwalt ab 17 Uhr,  
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr,  
mit Anwalt ab 16.30 Uhr;

Mieter Gebiet Humannplatz:

Donnerstag 10 bis 12 Uhr;

Mieter Gebiet Grelstraße/Ostseestraße:

Mittwoch 14 bis 16 Uhr (mit Anwalt);

**Templiner Straße 17**

Montag 15 bis 16.30 Uhr (mit Anwalt);

**Käthe-Niederkirchner-Straße 12**

Montag 17 bis 19 Uhr (mit Anwalt);

**Gleimstraße 49/Eing. Kopenhagener Straße**

Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr (mit Anwalt).

## Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12,  
☎ 91 20 58 13

Montag 15 bis 18 Uhr,  
Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr  
mit Anwalt von 17 bis 20 Uhr,  
Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr.

## Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72, ☎ 48 55 308

Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr  
ab 16 Uhr mit Anwalt  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr.

## S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragte für Prenzlauer Berg

Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

## Planungsgruppe WERKSTADT

Sanierungsbeauftragte für Weißensee  
☎ 29 47 747

10245 Berlin,  
Boxhagener Straße 16

## Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow

☎ 85 75 77 10

10555 Berlin,  
Alt-Moabit 73

## Bezirksamt Pankow

Sanierungsverwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 97

☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)

☎ 90 295 35 81 (Pankow)

☎ 90 295 35 57 (Weißensee)

## Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz/Prenzlauer Berg

Dunckerstraße 14  
Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,  
ab 19 Uhr BV-Treffen;  
e-mail: [bv.helmi@gmx.de](mailto:bv.helmi@gmx.de)

Teutoburger Platz/Prenzlauer Berg

Templiner Straße 17  
Mittwochs 18 bis 20 Uhr BV-Treffen

Bötzowstraße/Prenzlauer Berg

Käthe-Niederkirchner-Straße 12  
☎ 4 25 11 00

1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;  
Mietrechtsberatung mit Anwalt:  
jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Wollankstraße/Pankow

Florastraße 74; ☎ 43 72 47 25

1. Mittwoch im Monat 18 Uhr BV-Treffen  
Sprechzeit mittwochs 17 bis 19 Uhr



©Hartmut Seefeld

Am 14. Oktober wurde in der Malmöer Straße 8/11 in Prenzlauer Berg Richtfest für eine Doppelsporthalle gefeiert. Der Neubau ist Ersatz für eine desolante Halle aus den 60er Jahren. Die Kosten in Höhe von 5,2 Millionen EUR trägt im Rahmen des Konjunkturprogramms II zu 75 Prozent der Bund und zu 25 Prozent das Land Berlin. Laut Senatsbaudirektorin Regula Lüscher schließt die neue Sporthalle durch zwei Seitenflügel eine alte Baulücke zwischen den Giebeln der Wohnhäuser Malmöer Straße 7 und 12 wobei der freie Blick auf die Spielflächen und Freianlagen im Innenhof bewahrt bleibt. Die Halle soll im Sommer 2011 von Schülern zweier benachbarter Oberstufenzentren und von Sportvereinen in Besitz genommen werden.

### Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH Redaktion und V.i.S.d.P.

Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 62 28

e-mail [seefeld@vorort-redaktion.de](mailto:seefeld@vorort-redaktion.de)

Albrecht Molle, ☎ 90 295 62 29

Fax 90 295 62 30; Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Gestaltung Hartmut Seefeld

Titelfoto Alexej Brykowski

Vertrieb Agentur Meinicke

Druck MediaService GmbH

Redaktionsschluss: 29. Oktober 2010



© Alexej Brykowski, Hartmut Seefeld (1)